



Berliner Mauer am Brandenburger Tor, aufgenommen in der Nacht vor der feierlichen Eröffnung des neuen Grenzübergangs Brandenburger Tor im Dezember 1989. Foto: Dietmar Bührer

# Medien als Katalysatoren der Wende?

## Die DDR, Polen und der Westen 1989

Von Frank Bösch

Medien spielen bei den meisten politischen Oppositionsbewegungen eine zentrale Rolle. Jüngst zeigte sich dies bei den Protesten im Iran oder in Tibet, bei denen das Internet eine Schlüsselfunktion einnahm. Aber auch historisch sind die Beispiele für das Zusammenspiel von Protestbewegungen und Medien unübersehbar. Ebenso wie die Einführung des Buchdrucks maßgeblich die Reformation beflügelte, wurde etwa die Französische Revolution 1789 und die europäische Revolution 1848 von politisierten Flugblättern und neuen Zeitungen getragen. Das Medium Fernsehen spielte beim Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 eine entscheidende Rolle. Welche Bedeutung insgesamt hatten aber die Medien für den Umbruch in Osteuropa? Dies wird am Beispiel Polen und DDR und deren Interaktion mit den Westmedien diskutiert.

Der Mauerfall 1989 wird in der derzeitigen Erinnerungskultur immer wieder mit dem Medium Fernsehen verbunden. Günter Schabowskis Pressekonferenz vom 9. November 1989, auf der er auf Nachfrage etwas zögerlich die sofortige Reisefreiheit bekannt gab, gilt als ein medial bedingtes Schlüsselergebnis, da erst die Fernsehberichte darüber einen Ansturm auf die Grenze und so deren tatsächliche Öffnung auslösten. Nachdem das „heute-journal“ um 19.00 Uhr und die „Aktuelle Kamera“ eine halbe Stunde später die Aussage Schabowskis noch eher beiläufig berichtet hatten, machte die „Tagesschau“ groß mit der Grenzöffnung auf und gab so insbesondere vielen Ost-Berlinern den Anstoß, zu den Grenzübergängen aufzubrechen.



Das „Neue Deutschland“ (10.10.89) gibt westdeutschen Medien die Schuld an den Protesten.

sa-Anträge passiert werden konnte.

Aus deutscher Perspektive kann man also leicht von einer punktuell entscheidenden Rolle der Westmedien sprechen. Weit- aus interessanter erscheint jenseits dieses prominenten Ereignisses die Frage, welche Bedeutung die Medien längerfristig und in transnationaler Perspektive für den Umbruch in Osteuropa hatten. Dies möchte ich für Polen, die DDR und deren Interaktion mit den Westmedien diskutieren. Polen und die DDR bieten sich dabei als unterschiedliche Fälle an, um Transformationsformen und Ost-West-Interaktionen zu fassen.

### Der polnische Umbruch und die transnationale Medienöffentlichkeit

Polen gilt bekanntlich als das Mutterland des osteuropäischen Umbruchs. Die polnischen Medien spielten dabei eine Schlüsselrolle. Sie scheinen mir in dreierlei Hinsicht von größerer Bedeutung. Besonders markant war in Polen erstens die illegale Untergrundpresse, die bereits vor den Solidarność-Protesten mit nicht zugelassenen Zeitschriften aktiv war und eine in Osteuropa unvergleichbare Stärke erreichte. In der Forschung divergieren die Zahlenangaben, aber Schätzungen gehen von etwa 2000 Zeitschriftentiteln zwischen 1975 und 1989 aus.

Nach Verhängung des Kriegsrechtes Ende 1981 kam es zu medienpolitischen Verschärfungen, bei denen rund 1200 Redakteure ihre Arbeit verloren. Aber hier bildete nicht nur die Kirchenpresse ein gewisses Auffangbecken, die sich dadurch stärker politisierte. Schätzungen gehen vielmehr weiterhin von rund 800 illegalen Titeln für 1982 aus.

Westdeutsche Fernseh-Teams in Ostberlin filmten diese Menschen schon gegen 20.30 Uhr, ebenso die Verhinderungsversuche durch Volkspolizisten. Und bereits in den Tagesthemen gegen 23 Uhr kam es zu einem „live broadcasting of history“ mit Bildern vom Ansturm auf die Grenze, der dadurch so stark wurde, dass sie ohne Vi-



Foto: Jens Wolfrdp

Ein Besucher verfolgt in der Gedenkstätte Deutsche Teilung (GDT) in Marienborn (Bördekreis) im Jahr 2009 die Fernsehaufzeichnung der Pressekonferenz vom 9. November 1989, bei der Günter Schabowski, SED-Funktionär und Mitglied des Politbüros, den Beschluss zur Reisefreiheit für die Bürgerinnen und Bürger der DDR verliest.



Die illegale Untergrundpresse spielte eine wichtige Rolle für den Umbruch in Polen. (Quelle: Sammlung Urbanczyk in der Forschungsbibliothek des Herder-Instituts, Marburg)

Mitte der 1980er Jahre verlor die Untergrundpresse jedoch ermüdet an Schlagkraft.

Die Bedeutung der Untergrundpresse erschöpfte sich jedoch nicht darin, dass sie eine Gegenöffentlichkeit bildete. Vielmehr schuf sie durch den Akt ihrer Erstellung einen Kristallisationspunkt für die kontinuierliche Formierung von Oppositionsgruppen. Ähnlich wie im Vorfeld von 1789 oder 1848 entstanden dadurch journalistisch geschulte Persönlichkeiten und organisatorisches Know-How, um im Moment des Umbruchs schlagartig medienwirksam agieren zu können. In Polen zeigte sich dies bei der „Gazeta Wyborcza“, also der ersten erlaubten Zeitung der Solidarność. Dass sich dieses Blatt im Mai 1989 in wenigen Wochen zu einer äußerst massenwirksamen Tageszeitung mit einer Auflage von rund 500.000 Exemplaren entwickeln konnte, lag daran, dass sie an die Untergrundpresse anknüpfte: Aus ihr rekrutierte sie rund 70 Journalisten, aber auch technische Geräte für die Herstellung.

Ein charakteristisches Merkmal für die Akteursrolle von inoffiziellen Medien in Revolutionen war zudem, dass im Zuge des Umbruchs oppositionelle Journalisten in politische Führungsrollen hineinwachsen. Das galt zwar nicht für Lech Wałęsa, wohl aber etwa für den ersten gewählten Ministerpräsidenten 1989, Tade-

usz Mazowiecki, der jahrzehntlang unter anderem die katholische Monatschrift „Więź“ herausgab, und Innenminister Krzysztof Kozłowski.

Die Untergrundpresse bereitete zudem eine emotionalisierende Skandalisierung vor, die mit der schrittweisen Legalisierung 1989 ihre Schlagkraft verstärken konnte. Blickt man in die ersten Ausgaben der „Gazeta Wyborcza“ aus dem Mai 1989, so konnte sie gleich nach ihrer Zulassung mit einer Skandalisierung aufmachen, die mit großer Überschrift an Watergate anspielte. Unter dem Titel „Slupigate“ berichtete sie über Wanzen und elektronische Richtmikrophone, die ihre Mitarbeiter in Słupsk (Stolp) in ihre Räume hinter einer frisch verspachtelten Wand fanden. Auch in der folgenden Zeit profilierte sich das Blatt immer wieder durch interne Informationen über Regierungspläne, die wohl aus Lecks in der Bürokratie stammten.

Dabei erwies sich die Zeitung als äußerst kreativ, um die Unzufriedenheit der Volksmehrheit darzustellen. Da etwa vor den ersten Wahlen keine Meinungsumfragen verfügbar waren, erstellte das Blatt im Sommer 1989 selbst eine, indem es 2127 Menschen in 46 Orten über die Zufriedenheit mit dem Regierungschef befragte. Diese Frage bejahten nur 13 Prozent der Befragten. Diese frühe Adaption investigativer Mobilisierungs-

techniken dürfte ebenfalls die Transformation von 1989 beschleunigt haben.

Zweitens fällt im Vergleich zu anderen kommunistischen Regimen auf, dass die zugelassenen polnischen Medien bereits in den 1980er Jahren pluralistischer waren als in anderen Ländern. Wie auch westdeutsche Korrespondenten bemerkten, war hier durchaus punktuelle Kritik möglich. So thematisierte das Magazin „Polityka“ schon vor 1989 Missstände wie den korrupten



Demonstration der „Orangen Alternative“, die als Zwerge verkleidet durch Breslau ziehen.

Zugang von Funktionären zu Schnaps oder die Umweltverschmutzung.

Diese gewissen Spielräume erleichterten der Solidarność, ihre öffentliche Präsenz auch in den offiziellen Medien zu erreichen. Die kommunistische Partei-Presse berichtete über Proteste und lieferte so trotz ihrer ideologischen Abwertung Informationen etwa über die Streiks. Bereits 1988 konnte Lech Wałęsa sein erstes Interview mit der Staatspresse geben und dadurch die öffentliche Position der Solidarność ausbauen. Selbst im Fernsehen erreichten die Vertreter der Solidarność spätestens Anfang 1989 Medienpräsenz und konnten Interviews geben. Und auf den Pressekonferenzen der kommunistischen Regierung erschienen bereits im Februar 1989 Vertreter der noch verbotenen Untergrundzeitschriften, während umgekehrt die halblegale Solidarność Pressekonferenzen abhielt, zu denen auch offiziöse Journalisten kamen. Die Frage-Antwort-Spiele der Pressekonferenzen waren damit in gewisser Weise das Forum, in dem die Opposi-



on den späteren Parlamentarismus einüben konnte.

Die polnische Opposition richtete dabei über die Streiks hinaus mit unterschiedlichen Techniken die Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Medien auf sich und erhöhte so den Druck auf das Regime: Dazu zählten 1988/89 etwa das Anhalten von 80 Zügen, das Verharren in Zechen oder Happenings, bei denen Jugendliche seit Herbst 1988 verkleidet und satirisch kommunistische Parolen skandierten. Bei diesen Happenings trat etwa die „Orange Alternative“ zum „Tag des Kindes“ mit roten Mützen als Zwerge verkleidet auf oder führten zum Tag der zur Oktoberrevolution in rot gekleidete Dackel durch Breslau. Zu einem Kampf um die öffentlichen Bilder kam es insbesondere, als Jugendliche mit Steinwürfen und Gewalt protestierten. Laut Oppositionsangaben trugen Polizeispitzel mit dazu bei, durch radikale Handlungen derartige Gegenbilder zu produzieren. Die Klage über die Gewalt-simulierenden Spitzel diskreditierte das bestehende System auch im Ausland zusätzlich.

Drittens interagierten die polnischen Medien stark mit der westlichen Öffentlichkeit. Gerade in dieser Hinsicht war auch der Besuch von Johannes Paul II. 1979 ein Schlüsselmoment, weil die Westreporter die polnischen Zensurbemühungen unterliefen, die mit detaillierten Anweisungen den Papstbesuch herunterspielen wollten. Besonders deutlich war die transnationale Interaktion auch bei den Solidarność-Protesten 1980/81, als die fortlaufenden Westberichte eine Welle von Spenden und Hilfsaktionen aus dem Westen einleiteten. Die große Achtung vor den Solidarność-Anführern ermöglichte, dass diese auch bei ihren späteren Westreisen medial Akzente setzen konnten – etwa im Zuge von Papst-Audienzen oder Begegnungen mit westdeutschen Politikern. Für diese internationale Kommunikation steht schließlich die 1989 gegründete „Gazeta Wyborcza“. Westdeutsche dpa- oder



Die Exilpresse als Korrektiv der offiziellen Propaganda: Die Parteizeitung „Trybuna Ludu“ bringt am 29. Juni 1956 zu den am Vortag in Posen ausgebrochenen Unruhen eine kurze Verlautbarung der offiziellen Presseagentur PAP und einen ausführlicheren Beitrag, der einzig den schon in der Verlautbarung erhobenen Vorwurf erläutert, es handele sich um eine von langer Hand vorbereitete Provokation westlicher Agenten. Die in London erscheinende Exilzeitung „Dziennik Polski“ macht dagegen mit den am Folgetag amtlich bekanntgegeben Zahlen an Toten und Verletzten auf, um dann vor allem Augenzeugen zu zitieren. Dabei wird auch von ausgedehnten Feuergefechten, dem Aufmarsch von Panzern, von der Besetzung der Gebäude des Sicherheitsdienstes, der Freilassung von Gefangenen und Aktenverbrennungen berichtet. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Zahl der Toten und Verletzten wahrscheinlich weit höher lag als zugegeben. Tatsächlich wurden Wochen später selbst offiziell 53 Tote festgestellt, heute: 74 Tote, einige hundert Verletzte.



Die Exilpresse stellt also nicht nur für den mit der Presse arbeitenden Zeithistoriker ein wichtiges Korrektiv dar. Sie gelangte auch auf vielen Wegen ins Mutterland und bot zusammen mit den Auslandsprogrammen der Radiosender BBC, VOA, RFE/RL eine alternative und viel benutzte Informationsquelle für die dortige Bevölkerung. Im Laufe der Jahre entstand so ein fast stereotypes Misstrauen gegenüber allen offiziellen Verlautbarungen in Polen.

Korrespondentenberichte beriefen sich nun immer wieder auf das Blatt.

Umgekehrt führten polnische Staatsblätter Ende der 1980er Jahre Interviews mit führenden westlichen Regierungschefs – wie mit Margret Thatcher oder George Bush, der dabei unter anderem den Abzug sowjetischer Truppen forderte. Auch diese Form der transnationalen Kommunikation förderte die Anbindung an den Westen und die Stellung der Opposition.

Die Ausrichtung des Protestes zielte dabei unverkennbar auf die nationalen und internationalen Medien, über die auch das Ohr der Führung der Arbeiterpartei besonders gut zu erreichen war. Nachdem in Polen etwa der Oppositionelle (und spätere Außenminister) Bronisław Geremek im März 1989 forderte, der Westen könne den Reformprozess etwa durch Entschuldung stützen, wurde diese Forderung in den Westmedien nicht nur zitiert, sondern wiederum als eigene Forderung präsentiert.

Wenig bekannt ist bisher über die Wirkung der Publikationen, die Solidaritäts- und Exilgruppen der *Solidarność* im Ausland herausgaben, wie in Deutschland das „Hilfskomitee *Solidarność* e.V.“ mit seinen deutschsprachigen „*Solidarność Informations Bulletin*“, das polnische Artikel übersetzte. Ähnliches gilt für die Wirkung westlicher Sender wie „Radio Free Europe“ oder „Voice of America“. Hier scheint offensichtlich, dass polnische Exilanten die elektronischen Medien zur Interaktion mit der polnischen Opposition nutzten und so den Protest mit koordinierten und forcierten. Generell lässt sich somit festhalten, dass man in Polen insgesamt einen starken und vielfältigen Einfluss der Medien ausmachen kann, der weniger punktuell als langfristig seine Kraft entfaltet.

#### Die Wende der DDR als Medienereignis

Betrachtet man vergleichend die Rolle der Medien beim Zusammenbruch der DDR, so fallen zunächst die Differen-

zen auf. Eine inoffizielle Untergrundpresse existierte hier nur in sehr beschränktem Maße, wie etwa die Zeitschrift „Grenzfall“ der Friedens- und Menschenrechtsbewegung, die 1986 acht Ausgaben erreichte. Eine markante Rolle für die Wende spielten diese wenigen Blätter nicht.

Different ist zudem die Rolle der offiziellen DDR-Medien. Von ihnen gingen vor dem politischen Machtwechsel von Honecker zu Krenz am 18. Oktober 1989 so gut wie keine Impulse für die Transformation aus, in den Wochen danach zumindest einzelne. Mitunter hervorgehobene Beispiele, wie die ersten Sendungen des neuen Jugendmagazins „Elf 99“ im September 1989, erweisen sich bei näherer Betrachtung weiterhin als äußerst linientreu. Zudem lag der Zuschaueranteil bei politischen Sendungen wie der „Aktuellen Kamera“ ohnehin bei unter zehn Prozent und sank im Sommer 1989 auf den historischen Tiefstand von vier Prozent Zuschauern. Auch in internen DDR-Zuschauerbewertungen glitt die „Aktuelle Kamera“ Anfang Oktober auf die historische tiefste Note von 5,56.

Dennoch trugen die DDR-Medien zumindest indirekt zum Zusammenbruch des Sozialismus bei. Zum einen wurde der Unmut und Protest 1989 entscheidend durch die Zensurpolitik der SED mobilisiert; nicht nur das Verbot der beliebten sowjetischen Auslandszeitschrift „Sputnik“, sondern auch die zahlreichen Auslieferungsverbote von Kirchenblättern führten dazu, dass sich die verbotene Kommunikation in Druckwerken schließlich auf die Straße verlagerte. Zum anderen spornten die DDR-Medien Proteste indirekt an, da sie fortlaufend die Differenz der erlebten Alltagserfahrung und der verblendeten Scheinwelt des Regimes aufzeigten. Als die ersten Proteste begannen, trugen die DDR-Medien zumindest dazu bei, sie auszuweiten und schließlich die Empörung zu steigern. Obgleich sie die ersten Protestierenden als „Rowdys“ verunglimpften,



#### „Tygodnik Solidarność“

war die erste legale Zeitung der Opposition in Polen. Nach langen, vom Regime hinhaltend gestalteten Verhandlungen konnte die *Solidarność*-Bewegung im April 1981 endlich legal ihre eigene Wochenzeitung „Tygodnik *Solidarność*“ herausgeben. Ihr Chefredakteur war Tadeusz Mazowiecki, später der erste nichtkommunistische Regierungschef Polens nach dem Kriege. Mit einer Auflage von 500.000 und einem Umfang von 16 Seiten war sie relativ gut ausgestattet. Der katholische „Tygodnik Powszechny“ kam zu dieser Zeit bei acht Seiten Umfang kaum auf eine Auflage von 100.000. Gezeigt wird hier die letzte der vor Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 erschienenen 37 Nummern. Obgleich die Zeitung wie alle anderen der Zensur unterlag, ist davon hier nichts zu spüren. Neben dem Leitartikel, der die Regierung für die Torpedierung jeder Verständigung verantwortlich macht, wird mit der zerrissenen Flagge an die blutigen Unruhen an der Küste im Jahre 1970 erinnert (Arbeiteraufstand wegen Preiserhöhung; 90 Tote; Gierek statt Gomulka). Die Vorahnung der kommenden „Eiszeit“ wird hier deutlich zum Ausdruck gebracht, wenn die hastige Errichtung eines Denkmals 1980 mit den Worten kommentiert wird: „Die Geschichte dieses Landes lehrt, dass man nie weiß, was der nächste Augenblick bringt und wie lange die folgende ‚große Liberalisierung‘ dauert.“

informierten die Berichte so immerhin über lokale Proteste. Zudem bezeichnete die DDR-Presse die westlichen Medien als eigentliche Organisatoren der Massenunruhen. So zeigte das „Neue Deutschland“ am 10. Oktober ein Foto von einem ARD-Korrespondenten bei der Leipziger Demonstration am Vortag mit den Worten: „Sie hielten voll drauf und kurbelten an, was sich da am Wochenende zusammengerotet hatte.“ Damit forcierten die DDR-Medien selbst das Bild, dass Oppositionelle auf die Hilfe der Westmedien bauen konnten, die eine entsprechend starke Wirkung haben würden.

Erst ab Anfang November 1989 kann man den DDR-Medien zubilligen, dass sie die kritische Auseinandersetzung mit dem Regime förderten. Zugleich erreichten sie nun erst einen größeren Anteil der Zuschauer. Das gilt insbesondere für die vierstündige Live-Übertragung der Demonstration auf dem Alexanderplatz vom 4. November im DDR-Fernsehen, die eine Spitzen-Sehbeteiligung von 44 Prozent der Zuschauer hatte. Damit vereinte der Live-Bericht die Nation vor dem Fernsehen zu einer Protestgemeinde. Generell gab das DDR-Fernsehen Protesten nun mehr Raum als der Westen, was selbst

bei der „Aktuellen Kamera“ die Einschaltquoten auf 70 Prozent bis Jahresende hochschnellen ließ. Und ab Ende Oktober forcierten Sendungen wie „Prisma“ oder „Elf 99“ den Umbruch mit einzelnen investigativen Berichten über „Wandlitz“, die die Korruption der Parteiführung erfolgreich anklagten. Die Zuschauer beteiligten sich dabei intensiv an dem medialen Umbruch: nach Fernsehdiskussionen kam es zu rund 50.000 Anrufen und bei den größeren Tageszeitungen gingen nun rund 600 Leserbriefe pro Tag (!) ein, die die Reformen diskutierten.

Angetrieben wurde der Umbruch in



**Sichtbare Zensur:** In Polen herrschte seit 1946 Zensur, die erst durch ein Gesetz vom 31. Juli 1981 eingeschränkt wurde. Seit Oktober 1981 mussten alle Eingriffe der Zensoren in Zeitungen sichtbar gekennzeichnet werden. Nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurden die meisten Zeitungen für etwa drei Monate eingestellt. Auch nach der Aufhebung des Kriegsrechts am 23. Juli 1983 blieb die Regelung zunächst bestehen, dass Eingriffe der Zensoren zu kennzeichnen waren. Ab dem 28. Juli wurde die Zensur wieder verschärft: Nun galt sie auch für wissenschaftliche Arbeiten und Materialien, die für den Dienstgebrauch an wissenschaftlichen Instituten vorgesehen waren. Am 7. Juni 1990 wurde in Polen die Zensur formal abgeschafft.

der DDR jedoch vor allem von den Westmedien. Wie lässt sich dieser Einfluss genauer fassen? In der Fachliteratur schwanken die Einschätzungen zwischen den Polen, die Westmedien seien die „revolutionären Führer“ gewesen (so Andreas Czaplicke in seiner kommunikationswissenschaftlichen Dissertation), bis hin zur verhaltenen These von Günther Holzweißig, die Westmedien hätten die Abläufe nur angeschoben, beschleunigt oder begleitet, nicht aber ihren Verlauf geprägt.

Tatsächlich erscheinen mir die Westmedien mehr als nur Katalysatoren gewesen zu sein. Sie waren vielmehr prägend für den Verlauf. So schufen sie zunächst mitten in der DDR eine demokratische Parallelwelt, die deviantes Verhalten förderte – wie Reise- und Konsumwünsche oder Medien- und Versammlungsfreiheit. Auch geht die Literatur mehrheitlich davon aus, das Westfernsehen habe die kulturelle Einheit der zwei Staaten etabliert und damit die faktische Einheit vorweggenommen und eine gemeinsame „Fernsehnation“ (Axel Schildt) gebildet.

Wie interagierte nun die Oppositionsbewegung 1989 mit dem Westen? Befragungen von Oppositionellen unmittelbar nach der Maueröffnung ergaben, dass sie den Einfluss der Westmedien auf ihr Handeln als recht hoch veranschlagten. Bei den ersten Demonstrationen waren die Westkameras oft der eigentliche Ansprechpartner, da sie sowohl eine Kommunikation mit der SED-Führung ermöglichten als auch mit der breiteren Bevölkerung, die mobilisiert werden sollte. Die Westmedien gaben den versprengten Oppositionellen das Gefühl, einer präsenten, starken und gemeinschaftlichen Gruppe anzugehören, obgleich die Motive für die Proteste sehr different waren. Zahlreiche Bild- und Filmquellen wurden den Westjournalisten von Oppositionellen zugespielt – so auch der ARD bei Berichten über die erste Montagsdemo in Leipzig. Rainer Eppelmann berichtete am 8. Oktober sogar per Telefon live im ZDF, wie sich die Polizei-

kräfte um die Gethsemanekirche im Prenzlauer Berg sammelten. Dabei waren die West-Journalisten ein zentrales Schutzschild gegen die gewaltsame Niederschlagung der Proteste. Schließlich ist nicht zu vergessen, dass die Angst vor einer „chinesischen Lösung“ durchaus groß war.

Nicht nur das Fernsehen, sondern auch die westlichen Printmedien interagierten mit der Opposition. Ihre Rolle

wurde bisher als unbedeutend veranschlagt, da die Westpresse nicht in der DDR zu erhalten gewesen wäre. Dennoch würde ich ihre Bedeutung etwas höher gewichten. Denn zumindest die SED-Führung war natürlich genau über Aussagen in der Westpresse informiert und ihre Medien antworteten vor lauter Westfixierung fortlaufend auf sie. Dabei bot die westliche Presse intellektuellen oder oppositionellen Persön-





lichkeiten aus der DDR ein Forum für ihren kritischen Dialog mit der SED. So konnte Manfred Stolpe, damals bekanntlich Konsistorialpräsident der Berlin-Brandenburgischen Kirche, am 25. September 1989 im „SPIEGEL“ auf zwei Seiten Reformvorschläge unterbreiten, wobei er die Westmedien als Druckmittel anführte: „Ich fürchte aber, man [die DDR-Führung] berücksichtigt zu wenig, daß abends der ‚Klassenfeind‘ sowieso via Fernsehen aus dem Westen in alle Wohnzimmer kommt. [...] Die Medienherrschaft des Westens kann nur offensiv durch eigenen direkten Meinungsstreit gebrochen werden.“ Wie dieses Beispiel zeigt, richtet sich Stolpe dabei sprachlich und argumentativ direkt an die SED.

Die Westmedien, so könnten man bilanzieren, prägten damit die Dynamik der schlagartig kumulierenden Oppositionsbewegung. Sie forcierten zudem auch die Dynamik der Maueröffnung und deren Umdeutung. Im Zuge des Mauerfalls berichteten alle Westmedien, insbesondere das Fernsehen, besonders intensiv über die DDR. Allein in den zehn Tagen nach dem Mauerfall erfolgten 128 Sondersendungen auf ARD

und ZDF, zudem 48 auf RTL und SAT 1, die vielfach live von den Ereignisorten Reportagen brachten. Auswertungen zu den gezeigten Akteuren ergaben, dass bezeichnenderweise Kirchenmitglieder oder Oppositionsmitglieder vergleichsweise selten gezeigt oder interviewt wurden. Stattdessen standen einerseits Regierungsmitglieder der SED, andererseits anonyme DDR-Bürger im Vordergrund – bei SAT 1 letztere sogar zu 65 Prozent. Zudem verdichteten die Medien den Verlauf des Umbruchs visuell auf die tanzenden Menschen auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor. Beides führte dazu, dass der Mauerfall nun als ein Ereignis erschien, das von den einfachen Deutschen in beiden Staaten erreicht wurde.

#### Zwei Wege zur Wende

Bilanziert man die Medienwirkung in den beiden untersuchten Ländern, so kann man von zwei Typen von Medienrevolutionen sprechen. Während die Medien in Polen wie wohl in keinem anderen kommunistischen Land langfristig mit zur Aushöhlung und Transformation des Systems beitrugen, gaben

die DDR-Medien einen kurzen, aber verdichteten Impuls, der mit zum Zusammenbruch des Systems beitrug.

Es wäre zu überlegen, inwieweit man aus diesen beiden Fällen idealtypisch Modelle für die Interaktion zwischen den Medien und der Systemtransformation ableiten kann. Während zum ersten Typus etwa Ungarn zählen würde, wäre Rumänien ein weiteres Beispiel für ein Land, bei dem Medien innerhalb von wenigen Tagen und Wochen mit dem Zusammenbruch der Diktatur forcierten, als die Livebilder von Protesten gegen den Staatspräsidenten Ceausescu und Berichte über Massaker den Diktator stürzten. Andere Länder wären zwischen diesen Idealtypen einzuordnen, oder es wäre eine dritte Gruppe zu öffnen, bei denen die Medien eine deutlich geringere Rolle spielten.

Trotz aller Unterschiede lassen sich aber auch zahlreiche Gemeinsamkeiten ausmachen. In beiden Fällen interagierten die Oppositionellen vielfältig mit den westlichen Medien und zogen hieraus ihre Stärke. Und in beiden Ländern beschleunigten vorsichtige Zugeständnisse des Regimes über eine gewisse Medienfreiheit in kurzer Zeit die Erosion der Diktaturen. Ebenso zeigten beide Länder, dass Medien nicht automatisch Proteste auslösen. Die Westmedien in der DDR, „Radio Free Europe“ und die Untergrundpresse bildeten ein längerfristiges Potential für einen Umbruch, der jedoch eine gewisse Gelegenheitsstruktur benötigte. •



**Prof. Dr. Frank Bösch**  
Historisches Institut  
Otto-Behaghel-Str. 10, Haus E  
35394 Gießen  
Telefon: 0641 99-28300  
E-mail: Frank.Boesch@geschichte.uni-giessen.de

**Frank Bösch**, Jahrgang 1969, Studium der Geschichte, Politik und Germanistik in Hamburg und Göttingen, 1998–2002: Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen, 2002–2007: Juniorprofessor für Mediengeschichte am Historischen Institut der Universität Bochum, 2005: Stipendiat am DHI London, seit April 2007 Professor für Fachjournalistik Geschichte am Historischen Institut der Universität Gießen. Seit 2007 ist er zudem Sprecher des DFG-Graduiertenkollegs „Transnationale Medienereignisse“. Veröffentlichungen u.a.: Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien, 1880–1914, München 2009; Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006 (Hg. mit Norbert Frei); Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960), Göttingen 2002; Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei (1945–1969), Stuttgart/ München 2001.

## Hartmut Ferworn, Berlin, nach einer Ungarnreise gegenüber ND:

# „Ich habe erlebt, wie BRD-Bürger ‚gemacht‘ werden“

- In den Fängen kaltblütiger berufsmäßiger Menschenhändler
- BRD-Botschaft Wien – eine Zentrale der Abwerbekampagne
- D-Mark-Scheine als Lohn für gewissenlose Schlepper

Berlin (ND). Am 19. September publizierte ND eine Dokumentation über den rücksichtslosen Umgang der BRD mit Menschen-schicksalen und mit dem Völkerrecht. Heute veröffentlichen wir auf Seite 3 zahlreiche Äußerungen von DDR-Bürgern über diese Praktiken sowie nachfolgend ein Interview mit Hartmut Ferworn, der gegenüber ND einen besonders krassen Fall von Menschenhandel zu Protokoll gab.

Hartmut Ferworn wohnt in Berlin-Mitte. Der 39jährige ist Mitarbeiter des Mitropa-Fahrbetriebes, Mitglied der SED. Glücklicherweise verheiratet, drei Kinder.

**FRAGE:** Als Mitropa-Koch fahren Sie internationale Strecken, UdSSR, Polen, Ungarn. Dieser Tage kehrten Sie von der wohl ungewöhnlichsten Reise Ihres Lebens zurück...

**ANTWORT:** Das kann man wohl sagen. Dabei hat alles ganz normal begonnen. Am 11. September kam ich mit dem Corvina-Express in Budapest an. Bis zur Rückfahrt hatte ich rund sechs Stunden Zeit, wollte etwas essen, ein bißchen bummeln, was man eben so macht. In einem Bistro zwischen Bahnhof Nyugati und Kaufhaus Metro setzte sich plötzlich ein junger Mann zu mir.

### Das Angebot des „Fremdenführers“

**FRAGE:** Ein Ungar?

**ANTWORT:** Nein, er sprach Leipziger Dialekt und sagte mir auf den Kopf zu: Sie sind doch der Mitropa-Koch aus dem „Corvina“.

**FRAGE:** Welchen Eindruck machte er auf Sie?

**ANTWORT:** Keinen schlechten. Er war Anfang 20, trug einen modernen Jeansanzug. Als wir dann ins Gespräch kamen, bot er

sich an, mir interessante Ecken der Stadt zu zeigen, die ich noch nicht kannte. Er müsse vorher nur noch Gepäck bei seiner Gastgeberin abstellen und bat mich mitzukommen. In der ganz normalen Altbauwohnung bot mir eine gut deutsch sprechende Ungarin zunächst einen Kaffee und dann eine Menthol-Zigarette an. Sie schmeckte irgendwie komisch, und nach wenigen Minuten fielen mir die Augen zu, schwanden mir die Sinne.

### Methode westlicher Geheimdienste

**FRAGE:** Wie und wo sind Sie wieder aufgewacht?

**ANTWORT:** In einem Reisebus, noch ziemlich benebelt. Mein „Fremdenführer“ aus Budapest saß neben mir, schlug mir auf die Schulter und antwortete auf meine Frage, wo wir seien: In der Freiheit, auf dem Weg in die BRD.

**FRAGE:** Wie erklären Sie sich denn, daß Sie in der Budapester Wohnung bewußtlos wurden?

**ANTWORT:** Offensichtlich hat man mir ein Betäubungsmittel gegeben, wie ich jetzt erfahren habe, eine beliebte Methode westlicher Geheimdienste und ihrer Handlanger.

**FRAGE:** Sie wurden also nicht schlechthin „abgeworben“, sondern regelrecht verschleppt?

**ANTWORT:** Ja, ich fühle mich als Opfer von Entführern, von Verbrechern.

**FRAGE:** Was war im Bus Ihre erste Reaktion?

**ANTWORT:** Ich sagte dem „Fremdenführer“: Ich will doch gar nicht in die BRD. Er feixte nur: „Mitgefangen, mitgehangen.“

Jetzt geht's erst mal in die BRD-Botschaft nach Wien.“ Ich machte gute Miene zum bösen Spiel und überlegte krampfhaft, wie ich da herauskomme.

**FRAGE:** Wie würden Sie die Atmosphäre im Bus beschreiben?

**ANTWORT:** Die Stimmung im Bus war, wie soll ich sagen, merkwürdig. Sektkorken knallten, man lachte, doch das Ganze wirkte überdreht, aufgesetzt, unwirklich. Denn keiner wußte ja so richtig, was ihn erwartete. Übrigens zeigte sich im Gespräch, daß offensichtlich auch zwei junge Leipziger neben mir von meinem Entführer „angeworben“ worden waren.

**FRAGE:** Wo wurden Sie hingebracht?

**ANTWORT:** Der Bus hielt gegen 21.30 Uhr vor der BRD-Botschaft in der Wiener Metternichgasse. Gleichzeitig kamen vier weitere Busse mit verleiteten DDR-Bürgern an. Wir wurden schon erwartet. Eine Frau, offenbar Konsularbeamtin der Botschaft, fragte die Ankömmlinge, wer schon einen BRD-Paß habe. Viele meldeten sich.

### Alles war bis aufs kleinste vorbereitet

**FRAGE:** Also lief alles nach Fahrplan, stabsmäßig organisiert, wie in der im ND veröffentlichten Dokumentation über den Menschenhandel mit DDR-Bürgern nachgewiesen wurde?

**ANTWORT:** Das kann man ohne weiteres sagen. Die BRD-Pässe waren, wie ich sah, in Budapest ausgestellt. Ihre Besitzer hatten eine Menge Geld bekommen. Für die anderen gab die Konsularbeamtin exakte Anweisungen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Das „Neue Deutschland“ versucht, die Massenflucht durch erfundene Reportagen zu erklären.